

Klimawandel und Menschenrechte

Die Zeit für Menschenrechte ist jetzt!

"Human rights are part of the ecosystem that ensures humanity can survive and thrive. Our planet is in profound crisis because we have ignored the right to a clean, healthy and sustainable environment for much too long. What will it take to place human rights – not business interests – at the centre of all national and global policy?"

Volker Türk, UNO-Hochkommissar für Menschenrechte

Klimawandel und Menschenrechte

1. Zum Thema

Im Jahr 2023 feierten wir den 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den 30. Jahrestag der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte (für Infos zum Jubiläumsjahr siehe z.B. die [Webseite des österreichischen Außenministeriums](#)) sowie das 30-jährige Bestehen des Amtes des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte. Seit 75 Jahren besteht das Hauptziel der Erklärung darin, Gleichheit, Grundfreiheiten und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu verankern. In der Allgemeinen Erklärung sind die Rechte aller Menschen verankert.

Seit der **Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen im Jahr 1948** hat es zahlreiche Meilensteine zur Stärkung der Menschenrechte gegeben. Die Entwicklung der Menschenrechte ist niemals abgeschlossene – so stellen sich immer wieder neue Fragestellungen, die auf staatlicher Ebene und international in den Fokus rücken und auf die Antworten gefunden werden müssen.

Klimawandel und Menschenrechte

So war beispielsweise **vor 75 Jahren** die Verbindung zwischen Klima- bzw. Umweltpolitik und den Menschenrechten noch nicht so klar zu sehen wie heute – **in der Allgemeinen Erklärung sind weder Umweltaspekte noch die Folgen des Klimawandels und seine Auswirkungen auf die Menschenrechte erwähnt.**

Heute wissen wir: Der Klimawandel wirkt sich direkt und indirekt auf eine Reihe von international garantierten Menschenrechten aus und stellt eine der größten Bedrohungen für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte dar. Der Klimawandel und seine Folgen – z.B. der Anstieg des Meeresspiegels, extreme Wetterereignisse und Dürren – haben bereits die Menschenrechte von Millionen von Menschen verletzt. Der **Klimawandel beeinträchtigt** – neben vielen weiteren Rechten – insbesondere die **Rechte der Menschen auf Gesundheit, Wohnraum, Wasser und Nahrung**. Diese bereits jetzt spürbaren negativen Auswirkungen werden je nach Ausmaß des Klimawandels weiter zunehmen und besonders gefährdete Menschen wie Frauen, Kinder, ältere Menschen, indigene Völker, Minderheiten, Migrantinnen/Migranten, Menschen mit Behinderungen und Arme unverhältnismäßig stark treffen.

Was müssen Staaten tun, um durch Klimawandel bedrohte Menschenrechte zu sichern?

Menschenrechte sind Rechtsnormen, die das Verhältnis zwischen dem Staat und den unter seiner Verantwortung lebenden Menschen regeln. Alle Staaten sind verpflichtet, alle Menschenrechte für alle Menschen ohne Diskriminierung

- zu achten, d.h. nicht selbst aktiv zu verletzen;
- vor den Eingriffen Dritter zu schützen;
- und zu gewährleisten, d.h. aktiv Maßnahmen zu setzen, um sie zu verwirklichen.

Alle Staaten müssen daher auch wirksame Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels so weit als möglich zu verhindern und zu beseitigen. Staaten müssen handeln, um die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren sowie die jetzigen und zukünftigen, bereits unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte abzuschwächen.

Ergreifen Staaten keine oder keine ausreichenden Maßnahmen, um durch den Klimawandel verursachte Menschenrechtsverletzungen – und dazu gehören auch vorhersehbare langfristige Schäden – zu verhindern, verstoßen sie gegen ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und andere Menschenrechtsinstrumente verlangen von Staaten außerdem, dass sie wirksame Rechtsbehelfe für Menschenrechtsverletzungen garantieren – d.h., Menschen müssen die Möglichkeit haben, Verletzungen ihrer Rechte geltend zu machen.

Alle Staaten haben die Pflicht, die Menschenrechte vor Beeinträchtigungen durch Unternehmen zu schützen. Das bedeutet insbesondere, dass Staaten die Aktivitäten der Unternehmen und deren Umweltauswirkungen so regulieren müssen, dass dadurch die Verwirklichung der Menschenrechte nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

Internationale Grundlagen - Auswahl

Bei der Analyse von Menschenrechtsverträgen und Klimawandel geht es darum, die Überschneidungen zwischen internationalen Abkommen zum Schutz grundlegender Menschenrechte und solchen, die sich mit der globalen Herausforderung des Klimawandels befassen, zu untersuchen. Die wichtigsten Aspekte sind:

Menschenrechtsabkommen und Auswirkungen des Klimawandels

Recht auf Leben: Der Klimawandel bedroht das Leben durch extreme Wetterereignisse, steigende Meeresspiegel und veränderte Krankheitsmuster. Internationale Menschenrechtsdokumente wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) oder der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie die Europäische Menschenrechtskonvention bekräftigen das Recht auf Leben. Daraus wird die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen zum Schutz dieses Menschenrechts abgeleitet.

Recht auf Gesundheit: Der Klimawandel trägt zur Ausbreitung von Krankheiten und hitzebedingten Erkrankungen bei und verschärft bestehende gesundheitliche Ungleichheiten. Aus dem beispielsweise in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankerten Recht auf Gesundheit werden z.B. staatliche Pflichten abgeleitet, klimabedingte Gesundheitsrisiken zu bekämpfen und den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu gewährleisten.

Recht auf Nahrung: Der Klimawandel beeinträchtigt die landwirtschaftliche Produktivität und führt zu Ernährungsunsicherheit. Aus dem Recht auf Nahrung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbrieft ist, ergeben sich beispielsweise staatliche Verpflichtungen bezüglich klimaresistenter landwirtschaftlicher Praktiken und bezüglich eines gerechten Zugangs zu Nahrungsressourcen.

Anerkennung der Menschenrechte in Klimaabkommen:

Pariser Abkommen (2015): Das Pariser Abkommen konzentriert sich zwar in erster Linie auf Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, erkennt aber ausdrücklich die Bedeutung der Achtung der Menschenrechte an. In der Präambel wird das Recht auf Gesundheit, Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen anerkannt und festgehalten, dass die Staaten "bei ihren Klimaschutzmaßnahmen ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen achten, fördern und berücksichtigen" müssen.

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC): Die UNFCCC erkennt die Verwundbarkeit bestimmter Gruppen und Ökosysteme gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels an. Obwohl sie den Klimawandel nicht explizit als Menschenrechtsthema benennt, erkennt sie indirekt mögliche Auswirkungen auf die Menschenrechte an.

Anerkennung eines Rechts auf gesunde Umwelt 2022

Alle Menschen haben das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Die Anerkennung dieses Rechts durch den Menschenrechtsrat im Jahr 2021 und die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2022 war ein wichtiger Schritt zur Förderung des internationalen Engagements zur Bewältigung der „triple planetary crisis“ des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt und der Umweltverschmutzung. Vor allem politisch war die Anerkennung eines solchen Rechts ein Meilenstein.

"For decades we have failed to do enough. But there is hope. If we resolutely steer away from short-sighted decisions based on self-interest, we still have a narrow window to keep this crisis from spinning further out of control and to limit heating to no more than 1.5 degrees Celsius. We must act now, in solidarity, collectively and boldly – with human rights at the core – to remedy the deep damage that has already been done."

Volker Türk, UNO-Hochkommissar für Menschenrechte

2. Didaktische Tipps und Hinweise

Die Unterrichtsmaterialien eignen sich für den Unterricht im **Fach Ethik (AHS 3, BHS 3, BMS 3)** und im **Fach Recht (HAK IV, HLW V, HLM V, HLK V, HLT IV)**. Sie bestehen neben der fundierten vorangegangenen Einleitung aus:

- einem Rollenspiel samt Hintergrundinformationen für Pädagogen/Pädagoginnen
- einer Rechercheaufgabe

3. Rollenspiel zum Thema

Wir sind die Zukunft – und unsere Zukunft ist jetzt!

Klagen gegen den Klimawandel

Die Jugendlichen Alma und Benjamin wenden sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und behaupten, dass ihr Heimatstaat Piberia gegen die Menschenrechte verstoßen habe, weil er nicht ausreichend Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen habe.

Sie machen geltend, dass die Waldbrände, die seit 2017 jedes Jahr in Piberia aufgetreten sind, eine direkte Folge der globalen Erwärmung sind, und werfen Piberia insbesondere die Nichterreichung der im Pariser Übereinkommen vorgegebenen Ziele der Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5°C vor. Sie bringen vor, dass diese Brände ihre Gesundheit gefährden und dass sie bereits unter Schlafstörungen, Allergien und Atemproblemen leiden, die durch das heiße Wetter noch verschlimmert werden. Die Beschwerdeführer/innen tragen vor, dass die Klimaveränderung zu sehr starken Stürmen im Winter führe, und sie machen geltend, dass ihr Haus, das in Meeresnähe liege, durch die Stürme beschädigt werden könne. Die Jugendlichen machen außerdem geltend, dass diese Naturkatastrophen und die Aussicht, ihr ganzes Leben in einer immer wärmeren Umgebung zu verbringen, sie und ihre eventuellen zukünftigen Familien in Angst versetzen. Außerdem hätten sie infolge der Trockenheit Probleme, auf den Feldern ihrer Familie Gemüse anzubauen.



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (shutterstock_olrat)

Beschwerdeführer/innen

Welche in der **Europäischen Konvention für Menschenrechte** und im **UN Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** verbrieften Rechte sind eurer Meinung nach betroffen – das heißt, die Verwirklichung welcher Rechte wird durch den Klimawandel beeinträchtigt? Und welche Rechte sind eurer Meinung nach verletzt – das heißt, wo hat Piberia etwas getan oder unterlassen, um die Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten?

Führt diese Artikel für Artikel an und erklärt,

- um welches Recht es sich handelt;
- wie der Staat dieses Recht verletzt (durch aktives Tun oder Unterlassen);
- was der Staat eurer Meinung nach tun müsste, um diese Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten.

Staat

Welche in der **Europäischen Konvention für Menschenrechte** und im **UN Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** verbrieften Rechte sind eurer Meinung nach betroffen? Weshalb sind diese **nicht** verletzt?

Wartet das Vorbringen der Beschwerdeführer/innen ab und führt dann zu den in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im UN-Pakt genannten Rechten aus,

- weshalb dieses Recht nicht durch staatliches Tun oder Unterlassen verletzt ist – was tut der Staat also, um diese Rechte ausreichend zu schützen, zu respektieren und zu gewährleisten.

Richter/innen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Welche in der Europäischen Konvention für Menschenrechte und im **UN Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** verbrieften Rechte sind eurer Meinung nach berührt? Weshalb sind diese verletzt oder nicht verletzt?

Überlegt schon VOR dem Vorbringen der beiden Parteien (Beschwerdeführer/innen und beklagter Staat), welche Argumente diese anführen könnten, und bereitet Fragen an die Parteien vor.

Nach der Verhandlung sprechen die Richter/innen – nach kurzer Beratungszeit – ein Urteil, ob und wenn ja welche Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention im konkreten Fall verletzt sind, und weshalb. Ihr entscheidet mehrstimmig – jene Richter/innen, die eine abweichende Meinung vertreten, können diese in einer sogenannten „abweichenden Meinung“ (dissenting opinion) vortragen.

Diskussion im Plenum:

- Wie habt ihr euch in euren Rollen gefühlt?
- Wie bewertet ihr die Entscheidung „eurer“ Richter/innen?
- Welche Entscheidung durch den EGMR erwartet ihr? Bzw. welche Entscheidung hat der EGMR gefällt (falls bereits erfolgt)?
- Wie bewertet ihr den Beitrag, den die Jugendlichen Alma und Benjamin als Beschwerdeführer/innen zur Verwirklichung der Menschenrechte leisten?

4. Hintergrundinformation für Lehrende zur „Auflösung“ des Rollenspiels

Dem Fall liegt die Beschwerde Duarte Agostinho und andere gegen Portugal und 32 andere Mitgliedstaaten des Europarates, die am 7. September 2020 von sieben portugiesischen Jugendlichen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingebracht wurde, zugrunde. Das Rollenspiel wurde um den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte „erweitert“, um den Schülerinnen/Schülern eine breitere Auswahl an betroffenen Rechten zu eröffnen (insbesondere Recht auf angemessenen Lebensstandard einschließlich Nahrung, Wasser, Wohnen, Recht auf Gesundheit).

Die **Beschwerde stützt sich auf die Artikel 2, 8 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)**, die das Recht auf Leben, das Recht auf Privatsphäre und das Recht, nicht diskriminiert zu werden, schützen. Die Beschwerdeführer/innen machen geltend, dass ihr Recht auf Leben durch die Auswirkungen des Klimawandels in Portugal, wie z. B. Waldbrände, bedroht ist; dass ihr Recht auf Privatsphäre ihr körperliches und geistiges Wohlbefinden einschließt, das durch Hitzewellen bedroht ist, die sie zwingen, mehr Zeit in geschlossenen Räumen zu verbringen; und dass sie als junge Menschen die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen. Die **Klage richtet sich gegen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union** (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Lettland, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) sowie gegen Norwegen, Russland, Schweiz, Türkei, Ukraine und das Vereinigte Königreich. Die Beschwerdeführer werfen den Beschwerdegegnern vor, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachgekommen zu sein, da sie sich nicht auf Emissionsreduzierungen geeinigt haben, die den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius begrenzen.

Die Beschwerdeführer/innen behaupten, dass sie wegen der Nichterreichung der im Pariser Übereinkommen vorgegebenen Ziele der Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5°C und in weiterer Folge zur maßgeblichen Emissionsminderung in ihrem Recht auf Leben und auf Privatleben verletzt werden und dass die Staaten gegen das Gleichbehandlungsgebot verstoßen. Die Klimaerwärmung würde insbesondere ihre Generation treffen, sie seien dadurch gegenüber den vorangegangenen Generationen diskriminiert.

Die Treibhausgasemissionen hätten zur Klimaerwärmung beigetragen, die wiederum zu den jedes Jahr auftretenden Waldbränden in Portugal in unmittelbarer Nähe der Beschwerdeführer/innen geführt hätten. Die Waldbrände gefährdeten ihre Gesundheit: Sie litten etwa unter Schlafproblemen, Allergien und Atemproblemen, könnten in der warmen Jahreszeit nicht ins Freie, die Schulen seien zeitweise geschlossen. Zwei der Beschwerdeführer/innen lebten in Lissabon in der Nähe des Meeres und seien dort im Winter gefährlichen Stürmen ausgesetzt. Sie alle hätten Angst, weil sie die Waldbrände, bei denen mehr als 100 Menschen getötet worden wären, aus nächster Nähe erlebt hätten. Einige Beschwerdeführer/innen bringen vor, dass sie infolge der Trockenheit Probleme hätten, auf den Feldern ihrer Familie Gemüse anzubauen. Die Beschwerdeführer/innen meinen, dass das Fehlen geeigneter Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen eine Verletzung der aus der EMRK erwachsenden staatlichen Gewährleistungspflichten sei.

Im September 2023 fand eine Verhandlung vor der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte statt, der EGMR wird sein Urteil voraussichtlich 2024 fällen.

5. Rechercheaufgabe

Klimaklagen vor nationalen und internationalen Gerichten sind nur *ein* zentrales Mittel, um die vom Klimawandel bedrohte Verwirklichung der Menschenrechte einzufordern. **Welche anderen Möglichkeiten stehen euch offen?**

Unter Zuhilfenahme des Internets: Brainstorming in Gruppen und Gestaltung sowie Präsentation eines Flipcharts

National

z.B. Veranstaltung organisieren; Lobbying bei zuständigen staatlichen Stellen – Anfragen, E-Mails, Unterschriftenlisten; Medien – Gestaltung von Beiträgen, Leserbriefe; Diskussionen führen, auch mit Menschen, die andere Meinungen vertreten;

International

auf Ebene der Vereinten Nationen – auf Ebene des Europarates – auf Ebene der EU: Welche Mechanismen gibt es jeweils, die sich dem Thema Menschenrechte und Klimawandel widmen?

Unterstützung internationaler NGOs mit Schwerpunkt Menschenrechte und Umwelt/Klimawandel – finanziell und personell;



Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf (shutterstock_Bascar)

6. Schulbuchbezug



Ethik AHS 3 mit E-Book

Lebensfroh

SB-Nr.: 210949
ISBN: 978-3-7068-7060-3
Auflage 2023



Ethik BHS 3 mit E-Book

Lebensfroh

SB-Nr.: 210950
ISBN: 978-3-7068-7067-2
Auflage 2023



Ethik BMS 3 mit E-Book

Lebensfroh

SB-Nr.: UeW
ISBN: 978-3-7068-7073-3
Auflage 2023



Recht HAK IV mit E-Book

Recht kompakt

SB-Nr.: 205136
ISBN: 978-3-7068-6544-9
Auflage 2022



Recht HLWV, HLM V, HLK V, HLT IV mit E-Book

Recht kompetent

SB-Nr.: 200219
ISBN: 978-3-7068-7193-8
Auflage 2023